

Beschluss GRÜNER Kreisverband unterstützt das Anliegen Münster zu einem sicheren Hafen zu machen und dankt den zahlreichen Initiativen für ihr Engagement.

Gremium: Kreismitgliederversammlung

Beschlussdatum: 02.07.2019

Antragstext

Die Mitgliedschaft von Bündnis 90/Die Grünen/GAL Münster möge beschließen:

GRÜNER Kreisverband unterstützt das Anliegen Münster zu einem sicheren Hafen zu machen und dankt den zahlreichen Initiativen für ihr Engagement. Wir wollen, wie wir in unserem Kommunalwahlprogramm versprochen haben, dass Münster offen ist für alle Menschen, die sich hier niederlassen wollen oder hier Zuflucht vor Verfolgung suchen.

1. Wir beobachten mit großem Bedauern und Sorge die Situation auf dem Mittelmeer. Tausende sich auf der Flucht befindende Menschen sterben jedes Jahr auf ihren Fluchtruten; viele von ihnen ertrinken. Die staatliche Seenotrettung wurde eingestellt. Die zivile Seenotrettung und weitere Hilfsaktionen in diesem Kontext werden von staatlichen Stellen behindert. Als GRÜNE verurteilen wir diese Entwicklung und fordern daher deutliche Signale sowie einen erkennbaren Veränderungswillen auf allen Ebenen. Dazu gehören nicht nur die Landes- und Bundesebene, sondern in einem föderal angelegten Staat auch die kommunale Politik und Verwaltung.
2. Wir danken der GRÜNEN Ratsfraktion für Ihren Einsatz sich im Rahmen der eigenen Möglichkeiten für eine humanere europäische Flüchtlingspolitik stark zu machen. Der mit der CDU verabschiedete Ratsantrag, der eine Beteiligung am NesT Verfahren vorsieht, wäre in der lokalen Variante, in der jegliche Kosten für Mentor*innen von der Stadt Münster übernommen werden, ein erster richtiger Schritt, der Menschen konkret helfen kann. Grundsätzlich lehnen wir weiterhin die mit dem NesT-Programm einhergehende strukturelle Privatisierung der Geflüchtetenhilfe ab. Die Durchsetzung von Menschenrechten bleibt staatlicher Auftrag und die Verantwortung hierfür darf nicht delegiert werden. Das Engagement von Privatpersonen darf nicht zur Voraussetzung dafür gemacht werden, dass Menschen in Not in Münster Zuflucht finden können.
3. Wir fordern unsere Ratsfraktion dazu auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die zusätzlich aufgenommenen Geflüchteten aus dem NesT-Programm, entgegen der Behauptungen der Stadtverwaltung, nicht auf die normale kommunale Verteilungsquote von Geflüchteten angerechnet werden, da wir GRÜNE die lokale Variante von NesT als bewusstes Angebot einer zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten verstehen.
4. Als Kreisverband sind wir gleichwohl davon überzeugt, dass der schwarz-grüne Antrag (A-R/0042/2019), der im Mai mehrheitlich vom Rat beschlossen wurde, nur ein erster Schritt sein kann, der eine ganze Reihe an weiteren Maßnahmen und Forderungen nach sich ziehen muss. NesT bietet keinerlei Bezug zur Seenotrettung und kann Münster als einzelne Maßnahme noch nicht,

39 auch nicht im übertragenen Sinne, zu einem „sicheren Hafen“ machen.
40 Hierfür bedarf es weiterer Schritte.

41 5. Wir GRÜNE sind von Beginn an eine Menschenrechtspartei. Menschenrechte
42 sind nicht verhandelbar. Gerade in Zeiten, in denen sich der
43 Rechtspopulismus in erschreckendem Ausmaß auf der globalen politischen
44 Bühne auszubreiten droht, stehen wir ein für eine Politik, die bei der
45 Würde, der Freiheit, der Gleichheit und dem Schutz aller Menschen vor
46 Gewalt und Hass, keine Grenzen kennt. Das spiegelt sich auch in unserem
47 Europawahlprogramm wider. Deshalb wollen wir uns auf allen uns möglichen
48 Ebenen als Kreisverband weiter dafür einsetzen, Münster zu einem „sicheren
49 Hafen“ zu machen. Das bedeutet: Von der Bundesregierung und der
50 Europäischen Union eine humanere Flüchtlingspolitik einzufordern, die das
51 Massensterben auf dem Mittelmeer endlich beendet und zudem als
52 Friedensstadt Münster zusätzliche Geflüchtete aus der Seenotrettung
53 anzuordern. Weiter pochen wir darauf, dass Münster, wie auch andere
54 Kommunen, Land, Bund und Europa den Flüchtenden die Hand ausstrecken,
55 indem wir uns gemeinsam für die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege
56 einsetzen. Der GRÜNE Kreisvorstand soll darüber hinaus alles tun, um die
57 Position der Partei gegenüber Verwaltung und Zivilgesellschaft weiterhin
58 deutlich zu machen: Wir GRÜNE stehen an der Seite der
59 zivilgesellschaftlichen Initiativen. Wir verstehen die vielen Freiwilligen
60 der privaten Seenotrettung als starke Partner*innen in unserem Anliegen
61 und sprechen uns ganz klar gegen eine politische wie gesellschaftliche
62 Kriminalisierung ihrer wertvollen Arbeit aus.

63 6. Insbesondere danken wir den zahlreichen zivilgesellschaftlichen
64 Initiativen für ihr Engagement. Als GRÜNE Partei appellieren wir
65 ausdrücklich an die CDU: Gebt Geflüchteten-Initiativen wenigstens in
66 Gesprächen die Chance, Euch von ihrem Anliegen zu überzeugen. Die
67 Demokratie lebt von Dialog und Wertschätzung für zivilgesellschaftliches
68 Engagement.

69 7. Wir möchten nicht bei einem Dank stehen bleiben, sondern erklären mit
70 diesem Antrag, dass wir als GRÜNE Partei noch stärker mit den Freiwilligen
71 und Ehrenamtlichen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten beabsichtigen.
72 Wir sind davon überzeugt, dass wir in gegenseitiger Unterstützung viel
73 erreichen können.

74 Abschließend: Wir nehmen die Kritik aus der Zivilgesellschaft ernst. Wir wollen
75 klar machen: Wir versuchen auf unseren jeweiligen Ebenen alles Erdenkliche, um
76 Veränderungen zu erreichen. Auch wir sind damit noch nicht zufrieden. Mit diesem
77 Antrag positioniert sich die GRÜNE Mitgliedschaft deutlich zur Seenotrettung und
78 zur Debatte um einen „sicheren Hafen“.